



Der NSU-Prozess braucht breite Berichterstattung

Mit dem neuen Akkreditierungsverfahren für den NSU-Prozess hat das Gericht in München endlich eine einigermaßen angemessene Form gefunden, um auch ausländischen Journalistinnen und Journalisten einen Platz anbieten zu können. Es ist wieder einmal dem Bundesverfassungsgericht zu verdanken, dass eine skandalöse Regelung nicht zum Zuge kommt. Natürlich müssen gerade türkische und griechische Medien Zugang zu dem Prozess bekommen, schließlich stammen die meisten der Opfer aus ihren Ländern. Wichtig ist dies auch, um dort klar zu machen, dass in Deutschland die verblendete Ideologie alter und neuer Nazis keine Toleranz erwarten kann.

Wie wichtig der Widerstand gegen Alt- und Neonazis ist, zeigt auch der diesjährige Tag der Arbeit am 1. Mai. In mindestens sechs Städten haben Nazis Demonstrationen angemeldet. Veranstalter ist dabei nicht nur die vor einem Verbotungsverfahren stehende NPD, sondern es sind auch sogenannte Autonome Sozialisten. Gerade im 80. Jahr nach der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser und der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis 1933 wird der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Gewerkschaften alles tun, um diese unerträglichen Aufmärsche zu verhindern. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden ist uns geschichtliche Verpflichtung: Deutschland muss ein Land der Solidarität und darf kein Ort für Nazis sein. Und diese Botschaft wird hoffentlich auch die Berichterstattung aus dem Münchener Gerichtssaal über die Grenzen hinweg tragen.

Michael Sommer

Themen:

SPD-Ini Netzneutralität	2
SPD/Grüne zu Pressegrosso	2
CDU zu Medien-Konvergenz	3
Leistungsschutz: ver.di will über Vergütungen verhandeln	4
Institution für Urheberrecht?	4
Freihandel ohne Kulturschutz	5
Feinde des Internets	6
DGB Nord: Kritik an Börsenberichten	7
ZDF zum Jugendkanal	9
Zwist um Digitalkanäle	10
Akkreditierung NSU-Prozess	11
Kritik an WAZ-Stellenabbau	12
ddvg gibt WR-Anteile ab	12
Aus für dpad	13
Funkkorrespondenz	14
Springer: Mehr Geld für Investigation	14
„Unsere Mütter- Unsere Väter“- eine Kritik	15
Studie zu Gremien	16
Studie zu Second Screen	17
Personalien	18
Veranstaltungen	19
Impressum	19



SPD-Initiative zur Netzneutralität

Nach der Ankündigung von Telekommunikationsunternehmen, Breitbandzugänge drosseln und eigene Angebote privilegieren zu wollen, will die SPD eine erneute parlamentarische Initiative zur Netzneutralität starten. Dies erklärte der netzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil Ende April. Die Netzneutralität müsse angesichts der jetzt diskutierten Vorhaben endlich gesetzlich verankert werden. Sie sei die Grundlage für die Freiheit und Innovationsfähigkeit des Internets. Es gebe bereits heute zahlreiche Verletzungen der Netzneutralität und die aktuellen Vorhaben gefährdeten sie massiv. Jetzt räche sich, dass die schwarz-gelbe Koalition bei der Sicherung der Netzneutralität allein auf den Markt setzen wollte. Erst in der vergangenen Woche hätten mehr als 80 Verbraucher-, Internetnutzer- und Bürgerrechtsorganisationen die EU-Kommission dringend aufgefordert, endlich die Netzneutralität in Europa gesetzlich zu verankern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordere die schwarz-gelbe Koalition und die Bundesregierung auf, ihre netzpolitische Untätigkeit endlich aufzugeben und die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben.

SPD und Grüne: Gesetzentwurf zum Pressegrosso

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben angekündigt, gemeinsam einen Gesetzesvorschlag zum Pressegrosso in den Bundestag einzubringen. Anfang März erklärten die Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen, Thomas Oppermann (SPD), und Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir wollen damit rasch Klarheit schaffen, damit das Pressegrosso als flächendeckende und neutrale Vertriebsstruktur für die Vielfalt an Zeitungen und Zeitschriften gesichert bleibt.“ Das Presse-Grosso sei der bedeutendste Vertriebsweg für Zeitungen und Zeitschriften, der international als vorbildlich eingestuft wird und der gewährleistet, dass in Deutschland eine flächendeckende und neutrale Versorgung mit einem Vollsortiment an Zeitungen und Zeitschriften besteht. Der Erhalt dieses neutralen Pressevertriebssystems auf Basis der „Gemeinsamen Erklärung“ der Verlegerverbände und des Bundesverbandes Presse-Grosso über den Erhalt des Presse-Grosso aus dem Jahr 2004 sei jedoch aufgrund gerichtlicher Entscheidungen gefährdet. Von daher sei eine gesetzliche Verankerung unumgänglich. Diese habe der Deutsche Bundestag mit der

Verabschiedung der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgenommen, welches derzeit im Bundesrat beraten wird.

„Damit die Vermischung mit sachfremden Themen im Bundesrat nicht die Lösung beim Pressegrosso blockiert oder auf die lange Bank schiebt, schlagen wir mit unserem Gesetzentwurf vor, die Regelung zum Pressegrosso separat zu verabschieden. Der Weg dafür ist unser gemeinsamer Gesetzentwurf im Bundestag. Wir laden die Koalition ein, diesen mit uns rasch im Bundestag und danach im Bundesrat als Einzelgesetz zu verabschieden“, so Oppermann und Beck. Mit der Gesetzesänderung solle eine einmalige Vertriebsstruktur erhalten werden, die die Vielfalt an der Ladentheke beim Kauf von Zeitungen bietet. Es solle verhindert werden, dass große Verlage einseitig dominieren und stattdessen eine flächendeckende, neutrale Versorgung mit kleinen Zeitungen auch in ländlichen Regionen bestehen bleibt.

CDU: Positionen zur Medien-Konvergenz

Ein Positionspapier zum Thema „Konvergente Medien“ haben der Medienpolitische Expertenkreis und der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU Mitte März beschlossen. Darin fordern sie für die Zukunft „technikneutrale“ Regeln und empfehlen eine Weiterentwicklung des bisherigen Regulierungsrahmens.

PDF des Positionspapiers unter
tinyurl.com/cu57jwe

„Die Annäherung der verschiedenen Medien und Technologien schreitet stetig voran. Zuschauer, Zuhörer oder Leser können heute gar nicht mehr unterscheiden, ob Inhalte über klassische Rundfunk-Wege, über Internet- oder IP-Technologien zu ihnen gelangen. Die derzeitige Regulierung bildet die technologischen Verschmelzungen noch nicht ausreichend ab“, erklärte Michael Kretschmer, Vorsitzender des Arbeitskreises Netzpolitik. Länder, Bund und EU seien dazu aufgerufen, die medien- und netzpolitisch relevanten Regeln, Vorgaben und Gesetze kritisch zu prüfen und an die Realität anzupassen - vom Rundfunk- und Telekommunikationsrecht über die Plattformregulierung bis hin zum Datenschutz. Die Überlegungen, so Kretschmer, zielten ausdrücklich nicht darauf ab, das Internet stärker zu regulieren. Auch schärfere Vorgaben für Rundfunk und Print lehnen die CDU-Politiker ab. Vorstellbar wäre, dass private Rundfunkanbieter künftig flexibler über ihre Werbemengen entscheiden. Der Vorsitzende des Medienpolitischen Expertenkreises, Franz Josef Jung, meint: „Nationale gesetzgeberische Vorgaben müssen in einer globalen Medien- und Internetwirtschaft Sorge tragen, dass Medienanbietern hierzulande im Wettbewerb keine Nachteile drohen.“ Auch für den Printmarkt, off- wie online,

gelte, weitere Werbebeschränkungen abzulehnen. Beim Jugendmedien- und Datenschutz sei jedoch weiter ein hohes Schutzniveau notwendig.

Leistungsschutzrecht: Vergütung verhandeln

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert das vom Bundestag verabschiedete Leistungsschutzrecht als „unzureichendes Stückwerk“. Das Gesetz vernachlässige in der jetzigen Form die Interessen der Urheberinnen und Urheber, indem es ihnen lediglich eine „angemessene Beteiligung“ an den Einnahmen zuspreche. „Diejenigen, die die leistungsschutzrechtlich geschützten Inhalte überhaupt erst erbringen, nämlich die Journalistinnen und Journalisten, müssen mit mindestens 50 Prozent an den Erlösen aus den Lizenzgebühren beteiligt werden“, forderte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Frank Werneke. Der Gesetzgeber sei hier nicht ausreichend konkret und erweise damit den Urheberinnen und Urhebern „einen Bärendienst“: „Wir fordern nun die Verleger zu sofortigen Gesprächen darüber auf, wie den Journalistinnen und Journalisten diese angemessene Vergütung gewährleistet werden kann“. Parallel müsse sichergestellt sein, dass das Leistungsschutzrecht über die bestehenden Verwertungsgesellschaften umgesetzt werde.

ver.di will Institution für Einhaltung des Urheberrecht

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat vorgeschlagen, dass eine „geeignete Institution im staatlichen Auftrag über die Einhaltung gemeinsamer Vergütungsregeln gemäß dem Urheberrechtsgesetz wachen soll. Zum UNESCO-Welttag des Buches und Urheberrechts Mitte April sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke: „Urheberinnen und Urheber tragen in Deutschland noch immer die ‚rote Laterne‘, wenn es um die Durchsetzung von Mindestvergütungen geht“. Die Politik müsse endlich Instrumente schaffen, die Urheberinnen und Urhebern sowie ausübenden Künstlerinnen und Künstlern ihren gesetzlich verankerten Anspruch auf angemessene Bezahlung sicherten. „Wir diskutieren in Deutschland intensiv über die Einführung und Durchsetzung von flächendeckenden Mindestlöhnen. Knapp 90 Prozent der Bevölkerung sind dafür“, betonte Werneke. „Warum sollten Urheberinnen und Urheber nicht von einem ähnlichen Instrument profitieren?“ ver.di schlage deshalb vor, analog zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz Regelungen zur Durchsetzung der ausverhandelten Urhebervergütung einzuführen. Als Beispiel nannte er die Zollverwaltung, die über die Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen wache. Zum einen müsse der einzelne Urheber dann keine individuellen

Auseinandersetzungen führen, zum anderen könne eine solche Regelung eine generalpräventive Wirkung entfalten: Die Zahl der Verstöße gehe damit automatisch zurück.



Freihandelsabkommen EU/USA ohne Kulturschutz?

Seine „große Bestürzung“ hat der WDR-Rundfunkrat über die aktuellen Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA geäußert. Dabei werde die Grundlage für eine rechtliche Absicherung der Sonderstellung von Rundfunk und Kultur grundsätzlich in Frage gestellt. Der Rundfunkrat forderte Ende April, dass die bisher in den internationalen Handelsabkommen festgelegte Ausnahme für Kultur und Medien erhalten bleibt. „Medien sind kein reines Wirtschaftsgut, sondern Träger von kultureller Vielfalt in den europäischen Mitgliedsstaaten. Rundfunk darf nicht zur reinen Handelsware werden“, erklärte Ruth Hieronymi, Vorsitzende des Gremiums. Sollte dies nicht gelingen, hätte das fatale Folgen für Informationsfreiheit und Medienvielfalt. In Zusammenarbeit auch mit dem privaten Rundfunk in Deutschland müsse alles getan werden, um die angemessene und notwendige rechtliche Sicherung für Rundfunk und Medien auch in Zukunft zu gewährleisten.

In der Vergangenheit ist es vor allem mit Unterstützung der deutschen Bundesländer, der Bundesregierung, der französischen Regierung und des Europäischen Parlaments gelungen, Versuche vor allem der USA zur stärkeren Kommerzialisierung von Kultur und Medien abzuwehren. Jetzt aber sind die Voraussetzungen in sehr kurzer Zeit geändert worden. Die Wirtschaftsminister der Europäischen Union wollten ursprünglich bereits Mitte April das Verhandlungsmandat beschließen, das keine Sonderstellung für Kultur und Medien vorsieht. Diese Entscheidung sei durch den Einsatz des WDR, des Europäischen Parlaments und der Rundfunkveranstalter zunächst verschoben worden, hieß es in der Mitteilung des Rundfunkrates. Die nächste Entscheidung der Wirtschaftsminister stehe am 14. Juni an. Das Gremium appellierte: „Der Vorschlag der Europäischen Kommission darf in seiner ursprünglichen Fassung nicht verabschiedet werden, sondern muss - wie in der Vergangenheit - eine generelle Ausnahme für Medien und Kultur beinhalten.“

ROG: Feinde des Internets

Nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch westliche Unternehmen spielen eine wesentliche Rolle bei der Unterdrückung kritischer Stimmen und unerwünschter Informationen im Internet. Der Bericht über die „Feinde des Internets“, den Reporter ohne Grenzen (ROG) zum Welttag gegen Internetzensur Mitte März veröffentlicht hat, geht deshalb sowohl auf Staaten als auch auf Unternehmen ein. Autoritäre Regierungen setzen zunehmend komplexe Technik ein, um unliebsame Webseiten zu blockieren oder um kritische Journalisten und Blogger auszuforschen und zu verfolgen, so ROG. Oft seien es westliche Anbieter von Sicherheitstechnologie, die die nötige Überwachungsinfrastruktur liefern oder billigend in Kauf nehmen, dass ihre Produkte in die Hände notorischer Menschenrechtsverletzer geraten.

„Der Einsatz solcher Technologien ist schon unter strenger rechtsstaatlicher Aufsicht umstritten“, so ROG-Vorstandsmitglied Matthias Spielkamp. „In den Händen autoritärer Regime verwandeln sie sich in digitale Waffen.“ Die Europäische Union und die USA hätten mittlerweile den Export von Soft- und Hardware zur Internetüberwachung nach Syrien und in den Iran verboten. Doch das sei zu wenig. „Sanktionen gegen Krisenstaaten wie Syrien sind richtig, greifen aber zu kurz“, sagte Spielkamp. Reporter ohne Grenzen fordert die EU-Staaten auf, den Export von Zensur- und Überwachungstechnik generell zu kontrollieren. Gleiches gelte für die USA. So sollten diese Technologien in das Wassenaar-Abkommen über Exportkontrollen für konventionelle Waffen und Dual-Use-Güter und -Technologien aufgenommen werden.

Der diesjährige Bericht hebt fünf Staaten hervor: Syrien, China, Iran, Bahrein und Vietnam. Sie seien die wichtigsten, aber keineswegs die einzigen Feinde des Internets. Die Regierungen dieser Länder überwachen mit Hilfe von Späh- und Zensurtechnologie gezielt Journalisten und Medien. Damit sind sie verantwortlich für schwere Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit und andere Menschenrechte.

Auch in demokratischen Staaten wachse die Bereitschaft, im Namen der Bekämpfung von Online-Kriminalität die Informationsfreiheit im Internet einzuschränken. So wirbt die Regierung der Niederlande für ein Gesetz, das der Polizei weitreichende Befugnisse geben würde, Computer online zu durchsuchen und Daten zu löschen – sogar im Ausland. In den USA wurde im April 2012 in letzter Minute ein Vorhaben gestoppt, das die Weitergabe umfangreicher Nutzerdaten erlaubt hätte; eine überarbeitete Fassung könnte schon im Frühjahr im Kongress beraten werden. Mit solchen Vorhaben spielten demokratische

Staaten autoritären Regimen in die Hände, die mit den gleichen Argumenten Kritik an ihren eigenen Überwachungsregimen zurückweisen, meint ROG.

Zu den Feinden des Internets zählt der Bericht auch die IT-Sicherheitsfirmen Gamma International (UK/Deutschland), Trovicor (Deutschland), Hacking Team (Italien), Amesys (Frankreich) und Blue Coat (USA). Mit Produkten dieser Firmen spüren autoritäre Regime kritische Journalisten auf, nehmen sie fest und blockieren ihre Webseiten. Die Anbieter verkaufen ihre Software entweder selbst an solche Regierungen und nehmen Übergriffe damit in Kauf, oder sie haben es versäumt, den Export ihrer Software so zu kontrollieren, dass Missbrauch ausgeschlossen ist. Immer wieder berichten Journalisten und Dissidenten aus autoritär regierten Staaten, dass sie in Verhören mit Protokollen ihrer vertraulichen Skype-Telefonate, E-Mails oder SMS-Nachrichten konfrontiert wurden. Recherchen von Journalisten und Bürgerrechtlern zufolge ist etwa in Ländern wie Syrien, Bahrain oder Libyen Überwachungstechnologie eingesetzt worden, die von westlichen Herstellern stammt. Die Produkte mancher Hersteller (darunter Blue Coat und Amesys) sind zur flächendeckenden Überwachung des Internets geeignet. Auf diese Weise können etwa Nutzerprofile erstellt werden oder es lässt sich der Zugang zu bestimmten Webseiten oder die Suche nach einzelnen Stichwörtern blockieren. Die andere Art von Programmen (etwa von Gamma oder Hacking Team) zielt darauf, mit Hilfe sogenannter Staatstrojaner einzelne Journalisten, Blogger oder Dissidenten gezielt zu überwachen, indem die Programme etwa auf Festplatten zugreifen, Passwörter ausspionieren, E-Mails mitlesen und verschlüsselte Internettelefonate mithören. Auf diese Weise können autoritäre Regime Journalisten aushorchen, ihre Informanten aufspüren und so eine freie Berichterstattung behindern.

DGB Nord: Börsenberichte im TV umbauen

Für einen Umbau der Börsensendungen im Fernsehen hat sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord (DGB Nord), Uwe Polkaehn, ausgesprochen: Arbeitnehmerinteressen und Verbraucherschutz sollten ein stärkeres Gewicht erhalten. Wir dokumentieren im Folgenden seinen Brief von Mitte Februar an den ARD-Intendanten Lutz Marmor:

Sehr geehrter Herr Marmor,
das Erste ist der Informationskanal, den besonders viele Menschen in Deutschland nutzen. Die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer macht dabei einen erheblichen Anteil der ARD-Kundschaft aus. Ich würdige deshalb ausdrücklich die Programmelemente und redaktionellen Beiträge, die schon jetzt dem Informationsbedürfnis gerade der abhängig Beschäftigten Rechnung tragen. Dennoch lautet als Gewerkschafter mein Fazit: Die Arbeitswelt und die Sorgen der Arbeitnehmerschaft, sie kommen im Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender leider immer noch zu kurz. Es ist für mich kein Trost, dass die Privatsender noch weniger zu bieten haben.

Eine besondere Problemzone sind nach meinem Eindruck die Börsen-Sendungen im Fernsehen. Sie sind fixiert auf Kapitalinteressen und transportieren eine Sicht auf die ökonomischen und politischen Zusammenhänge, die sich zu viel am „Shareholder“ orientiert und zu wenig an dem Gebot des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet. Viel zu oft erläutern scheinbare Experten, wie „der Markt“ die Entscheidungen von demokratisch gewählten Gremien und Mandatsträgern bewertet. Gelegentlich sehe ich die Börsenberichte sogar am Rande zur Schleichwerbung für Analysten und Spekulanten – mit dem wahren Leben der Menschen hat das alles jedenfalls kaum noch etwas zu tun. Die Mattscheibe darf nicht zur Werbepattform und zum strategischen Instrument werden für globale Finanzjongleure, die in immer neuen Schockwellen Käufe oder Verkäufe auslösen wollen, um ihre Gewinne zu maximieren. Eine Lehre der Finanzkrise und des Scheiterns der neoliberalen Ideologie bleibt es, die Stimmungsmache der Investmentfonds und Bankhäuser zu hinterfragen und den kritischen Blick auf die entfesselten Märkte zu schärfen.

Ich möchte deshalb mit diesem Schreiben gegenüber den Programmverantwortlichen und Redaktionen darum werben, die Börsenberichterstattung im Ersten grundlegend umzubauen. Nötig ist nach meiner Auffassung zu der prominenten Sendezeit ein Format, das Arbeitnehmerinteressen und auch den Verbraucherschutz ins Zentrum rückt – gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Längst ist bekannt, dass der unteren Hälfte der Bevölkerung, die gerade mal über ein Prozent des Vermögens verfügt, die Mittel für solche Börsengeschäfte fehlen. Es gibt Alternativen zu den Berichten aus dem Finanz-Casino. Gerade öffentlich-rechtliche Sender müssen sich nicht an einem Tanz um das Goldene Kalb beteiligen, sondern sie sollten Arbeitnehmern, Rentnern und Verbrauchern brauchbare Informationen liefern.

Deshalb mein Vorschlag: Die reinen Börsen-Berichte zur Primetime sollten auf ein Drittel gestutzt und um Analysen zu allen Aspekten von gemeinwohlorientiertem

Wirtschaften, zu Arbeitsmarkt und Arbeitsplätzen, zu Ausbildung, Qualifizierung, Gleichstellung, Renten und Wirtschaftskriminalität ergänzt werden. Auch jenseits der bestehenden Verbrauchermagazine im ersten und dritten Programm würden weitere Serviceberichte über Verbraucherthemen den Familien in ihrem Alltag helfen. Die Zielgruppe eines solchen Formats ist nach meiner Einschätzung um ein Vielfaches größer. Es könnte im Sendebetrieb getestet und von den Zuschauern und Zuschauerinnen bewertet werden, um eine fundierte und publikumsorientierte Programmdiskussion in den Sendern und in der Öffentlichkeit zu ermöglichen.



Bellut: Jugendkanal braucht klaren Rahmen

Einem möglichen gemeinsamen Jugendkanal mit der ARD stehe er grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, betonte ZDF-Intendant Thomas Bellut Anfang März. Das ZDF könne sich jedoch nur dann an einem solchen Projekt beteiligen, wenn folgende Rahmenbedingungen durch den Rundfunkgesetzgeber geschaffen oder fest zugesagt seien: Eine klare Beauftragung durch die Bundesländer, eine ausreichende Finanzausstattung, zusätzliches Personal und eine Öffnung des Telemedienangebots unter anderem mit dem Wegfall der 7-Tage-Regelung und der Möglichkeit, auch Kaufserien und Spielfilme in der Mediathek zeigen zu können.

Bellut machte deutlich, dass ein Jugendkanal nach Ansicht des ZDF dazu beitragen könnte, die Lücke zwischen KiKA und ZDFneo zu schließen. Allerdings sei es notwendig, die Chancen und Risiken von vornherein klar zu benennen. Gerade die angestrebte Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen sehe grundsätzlich eher wenig fern und sei zudem sehr inhomogen und fragmentiert. Man bewege sich deshalb zwangsläufig in einer Qualitätsnische mit einem eher überschaubaren quantitativen Erfolg. Er geht davon aus, dass mindestens 50 bis 60 Millionen Euro zur Finanzierung notwendig seien. „Will man mit dem Angebot einen messbaren und nachhaltigen Erfolg erreichen, werden nach unseren Schätzungen noch deutlich mehr Mittel erforderlich“, erklärte Bellut. Von grundlegender Bedeutung sei auch der Zeitplan für das Vorhaben. Für das Projekt müsse die Zustimmung der Gremien eingeholt werden, eine Beauftragung der Länder vorliegen sowie die Personal- und Finanzausstattung von der KEF genehmigt werden. Sinnvoll und realistisch sei vor diesem

Hintergrund ein Start des Programms nicht vor Jahresbeginn 2017. Die ARD teilte dazu mit, sie „möchte dieses gesellschaftliche Programmvorhaben nicht für Jahre auf Eis legen“.

Zum Stand und zur Zukunft der Digitalkanäle sagte der Intendant, es sei mit ihrer Hilfe gelungen, junge Menschen auf das ZDF aufmerksam zu machen und zurückzuholen. Die Digitalkanäle hätten deutlich zur Verjüngung der Marke ZDF beigetragen. 2012 schalteten pro Tag durchschnittlich 3,8 Millionen Zuschauer die Digitalkanäle ein, in diesem Jahr sind es bisher 5,0 Millionen. (Mehr dazu im folgenden Beitrag).

ARD und ZDF: Zwist um Digitalkanäle

Für eine grundlegende Reform der Digitalkanäle haben sich die Intendantinnen und Intendanten der ARD Mitte April ausgesprochen. ZDF-Intendant Thomas Bellut lehnte die Vorschläge ab. Die ARD will, dass aus den bisher sechs Digitalkanälen mittelfristig drei werden können: Ein gemeinsames Programm für junge Menschen (14 bis 29 Jahre) könnte auf Basis der bisherigen Kanäle EinsPlus und ZDFkultur entstehen. Das gemeinsame Programm für jüngere Erwachsene (30 bis 49 Jahre) könnte aus den beiden Digitalsendern EinsFestival und ZDFneo gestaltet werden. Im Informationsbereich könnte die Zusammenarbeit von tagesschau24 und ZDFinfo zu einem gemeinsamen Nachrichtenkanal führen. Dies bietet zugleich die Chance zu einer weiteren Profilschärfung der schon bestehenden Gemeinschaftsprogramme Phoenix und 3sat, so die ARD. Durch die veränderte Mediennutzung sei es eine immer größere Herausforderung, alle gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen. Diese Aufgaben müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus den ihm bewilligten Mitteln finanzieren. Daher schlage die ARD vor, die Digitalkanäle durch intensivere Kooperationen weiter und besser zu profilieren sowie deren Anzahl insgesamt zu reduzieren.

Das ZDF nehme die ARD-Vorschläge zur Zukunft der Digitalkanäle zur Kenntnis, hieß es in einer Mitteilung des Senders. Es sei zwar nachvollziehbar, dass sich die ARD am Erfolg der ZDF Digitalkanäle ZDFneo und ZDFinfo beteiligen möchte, die beide mit 0,9 und 0,6 Prozent Marktanteil weit mehr Zuschauer erreichten als die Digitalableger der ARD. Das ZDF sehe in dem Vorschlag aber keine Sparpotentiale, sondern lediglich kompliziertere Strukturen. Die Digitalkanäle des ZDF würden ausschließlich durch Synergien und Verzicht von Finanzmitteln des Hauptprogramms realisiert. Sie erfüllten dabei für das ZDF wesentliche Funktionen - etwa die Erprobung neuer Formate und neuer Moderatorinnen und

Moderatoren, sowie eine sinnvolle Verwertung des ZDF-Programmarchivs – Funktionen, die bei der ARD seit vielen Jahren die Dritten Programme und Bayern Alpha erfüllen. Weiter hieß es: „Das ZDF hat durch die Bereitschaft auf ZDFkultur zu verzichten, deutlich gemacht, dass es bereit und in der Lage ist, Einsparungen im eigenen Verbund zu realisieren und erwartet Gleiches auch von der ARD.“

Das ZDF lehne daher den Vorschlag der ARD ab und rege im Gegenzug an, über eine andere Aufgabenverteilung nachzudenken. Danach könnte die Zielgruppe der Jugendlichen mit einem Jugendkanal der ARD versorgt werden, während das ZDF mit den Informations- und Unterhaltungsangeboten in ZDFneo und ZDFinfo stärker die 30- bis 50-Jährigen adressiert. Grundsätzlich bedürften solche weitreichenden Veränderungen der bestehenden gesetzlichen Programmaufträge einer intensiven Diskussion und Abstimmung mit den Bundesländern und den Gremien.



dju zu Akkreditierung im NSU-Prozess

Als „nun zumindest nachvollziehbar“ hat die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di das vom Oberlandesgericht (OLG) München verfügte neue Presse-Akkreditierungsverfahren im sogenannten NSU-Prozess bezeichnet. Den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts, Medien aus den Ländern, denen NSU-Opfer entstammten, einen Zugang zum Prozess zu garantieren, komme das Gericht damit nach. Dies sei im Vergleich zu dem ersten Akkreditierungsverfahren ein Fortschritt. „Trotzdem ist das jetzt nicht der große Wurf“, sagte dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß. Das OLG habe die Chance verpasst, durch die Simultan-Übertragung des Prozesses in einen Pressearbeitsraum einer der Bedeutung des Verfahrens angemessenen Zahl von Journalistinnen und Journalisten die Möglichkeit zu verschaffen, sich ein eigenes Bild von dem Prozess zu machen. In der neuen Verfügung seien beispielsweise online-Medien nicht vorgesehen. Es bleibe leider auch bei der umstrittenen Regelung, dass diejenigen, die den Raum etwa zum Versenden eines Berichts verlassen müssten, ihren Platz verlieren. Hier erwarte die dju eine Klarstellung, wie die Sicherheitsverfügung praktisch gehandhabt werde, um zeitgemäße Pressearbeitsbedingungen sicher zu stellen. Der Deutsche Journalistenverband (DJV) bezeichnete die Regelungen als „zweitbeste Lösung“ und monierte, damit

würden freie Journalistinnen und Journalisten „vollständig vom Prozess ausgeschlossen“.

ver.di kritisiert geplanten Stellenabbau bei der WAZ

Als „überhaupt nicht nachvollziehbar“ kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Werneke, die Ankündigung des WAZ-Konzerns, nach der Schließung der Redaktion der Westfälischen Rundschau in Nordrhein-Westfalen weitere 200 Stellen abzubauen: „Trotz einer guten Rendite von deutlich mehr als zehn Prozent wird hier in unverantwortlicher Weise erneut der Rotstift angesetzt“, sagte Werneke. Dabei solle offenbar der fatale Kurs fortgesetzt werden, lokale WAZ-Angebote mit Zukäufen von Konkurrenzblättern zu füllen. Allein die Zahl der Beschäftigten am „content desk“, wo die Mäntel von vier Zeitungstiteln erstellt werden, werde wohl um ein Drittel reduziert. „Ein solcher Kahlschlag geht zulasten von Meinungsvielfalt und journalistischer Qualität“, warnte Werneke. Es werde versucht, mit brachialen Methoden, wie beispielsweise der Halbierung des so genannten Fotopools, Kosten zu senken, ohne dass die Maßnahmen mit durchdachten Zukunftskonzepten unterlegt seien: „Das ist kein vernünftiges und verantwortungsvolles Handeln der Konzernführung, sondern mit Blick auf die publizistische Zukunft des Unternehmens grob fahrlässig.“

Statt überzeugende Konzepte zu entwickeln, die auf starke journalistische Inhalte in Verbindung mit der Entwicklung neuer technologischer Lösungen für verbesserte online-Angebote einher gingen, würde die Stärke der WAZ-Angebote, die in kompetenter journalistischer Arbeit und ausgezeichneten lokalen und regionalen Angeboten lägen, Schritt für Schritt zurückgefahren. „Wir brauchen jetzt ein überzeugendes Konzept für die WAZ, das den Kolleginnen und Kollegen aufzeigt, in welche Richtung die Reise gehen wird. Mit diesem auf kurze Sicht angelegten Handeln, das den journalistischen Kern der WAZ-Gruppe weiter aushöhlt, werden wir uns nicht zufrieden geben“, kündigte Werneke an.

ddvg trennt sich von Anteilen an WR

Die SPD-Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) trennt sich von ihren Anteilen an der Westfälischen Rundschau (Dortmund). Dies gab die Geschäftsführung der ddvg Ende März bekannt: „Nachdem die WAZ Anfang des Jahres im Alleingang und somit ohne Kenntnis der ddvg die Redaktion der Westfälischen Rundschau aufgelöst hat, war eine Basis für eine Fortsetzung der

Zusammenarbeit von ddvg und WAZ nicht mehr gegeben.“ Man sei deshalb in „professionellen Gesprächen“ mit der WAZ übereingekommen, diese in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts begründete Kooperation zu beenden und „unseren Gesellschaftsanteil an den Mehrheitsgesellschafter WAZ zu veräußern“. „Wir bedauern sehr, dass es nicht gelungen ist, die Westfälische Rundschau als starken Nordrhein-Westfälischen Titel mit eigener Redaktion zu erhalten. Mit einem Minderheitenanteil von 13,1% war die ddvg aber nicht in der Position, den Alleingang des Mehrheitsgesellschafters aufzuhalten. Es entspricht unserem Unternehmensziel, die Pressevielfalt in der Bundesrepublik Deutschland zu wahren. Unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das Presseunternehmen der Westfälischen Rundschau professionell zu führen ist, machen diese Trennung zu einer logischen Konsequenz.“

dju: Aus für dapd unnötig und vermeidbar

Als „unnötig und Folge verantwortungslosen betriebswirtschaftlichen Handelns“ hat die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di, Cornelia Haß, das endgültige Aus der Nachrichtenagentur dapd bezeichnet. „Das ist das bedauerliche Ende eines journalistisch hochwertigen Angebots. dapd hat eine wichtige Komponente auf dem deutschen Agenturmarkt dargestellt. Die Hauptleidtragenden sind die engagierten und hoch kompetenten Beschäftigten, die nun ihre Arbeit und die Freien, die ihre Aufträge verlieren“, sagte Haß. Mitte April. Die Investoren Löw und Vorderwülbbecke hätten in den vergangenen Jahren überambitioniert versucht, den Agenturmarkt mit Dumpingangeboten aufzumischen, dann vor der persönlichen Bruchlandung das Weite gesucht und die Beschäftigten ihrem Schicksal überlassen. Der darauf folgende Investor Ende sei offenbar ohne eine einzige Idee für die Fortführung des Geschäfts eingestiegen. So sei der Niedergang der dapd nicht mehr aufzuhalten gewesen. „Das dapd-Aus ist absolut bitter und wäre zu vermeiden gewesen, wenn das Unternehmen nicht in die Hände von Finanzhasardeuren geraten wären, die kein ausreichendes Verständnis von den Mechanismen der Medienwirtschaft mitgebracht haben“, kritisierte Haß. Was nun bliebe, sei die Notwendigkeit, rasch eine Lösung für die Volontärinnen und Volontäre zu finden. Haß appellierte an Verlage und Agenturen, kurzfristige und pragmatische Lösungen zu entwickeln, die wenigstens den jungen Menschen in der Ausbildung eine Perspektive eröffneten.

Funkkorrespondenz bleibt

Der Branchendienst Funkkorrespondenz wird weiter erscheinen. Medien hatten berichtet, die Deutsche Bischofskonferenz überlege, die Zeitschrift aus Kostengründen einzustellen. Nun wird der Medien-Fachdienst doch weitergeführt. DGB-Vorsitzender Michael Sommer begrüßte dies: „In Zeiten von Medienkonvergenz, neuen Entwicklungen der Medienkultur und -politik und einem weiterhin starken Einfluss von Medien auf die gesellschaftlichen Prozesse, benötigen wir medienkritischen kenntnisreichen Journalismus. Es ist gut, dass die ‚Funkkorrespondenz‘ ihre fundierte Berichterstattung nun fortsetzen kann.“ Auch die Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), Dagmar Reim, zeigte sich erfreut: „Ein wichtiges Medium für die kritische Begleitung unserer Zukunft bleibt bestehen. Das ist eine gute Nachricht für alle Medienschaffenden, die aus ihrer Branche zuletzt oft Hiobsbotschaften hören mussten.“

Springer: Mehr Geld für investigativen Journalismus

Die Axel Springer AG erhöht den 2010 zusätzlich zu den individuellen Redaktionsbudgets aufgelegten jährlichen Sonderetat für investigative Recherchen von derzeit 1 Million Euro auf 1,5 Millionen Euro. Die Aufstockung diene vor allem dazu, attraktive Inhalte für digitale Bezahlangebote zu ermöglichen, heißt es in einer Mitteilung. Gefördert würden umfangreiche Recherchen sowie besondere Formen der Darstellung, die mit den vorhandenen Redaktionsbudgets nicht realisiert werden können. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender Axel Springer: „Die Erhöhung unseres Sonderbudgets ist eine Investition in Qualitätsjournalismus für digitale Angebote. Wir wollen, dass Journalismus, für den Leser bereit sind zu zahlen, auch in der digitalen Welt eine Zukunft hat. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor wird sein, dass wir unseren Lesern unabhängige, exzellent recherchierte Exklusiv-Geschichten und innovative Darstellungsformen anbieten.“ Zu den im letzten Jahr geförderten Geschichten zählten Enthüllungen der „Welt am Sonntag“ über die Machenschaften eines Erotik-Unternehmers sowie eine Recherche von „Sport Bild“ zum umstrittenen Transfer eines Fußballspielers. Auch eine dreiteilige Serie von „Bild der Frau“ über Sterbehilfe wurde mit dem Sonderbudget ermöglicht.



Das ZDF und der „Tabubruch Vernichtungskrieg“

von Dieter Pienkny

Das ZDF hat mit „Unsere Mütter, unsere Väter“ gezeigt: Es waren Menschen, Männer und Frauen, die, hysterisch aufgeladen durch Hitlers Propaganda, den Endsieg wollten und sich in der Rolle der Herrenrasse gefielen. Das ist lobenswert, aber ist das wirklich ein „Tabubruch“ (O-Ton ZDF), mehr als 60 Jahre nach Kriegsende, nach Ende des deutschen Faschismus? Den half auch die Sowjetunion mit zu bezwingen und zahlte dabei einen gigantischen Blutzoll von 20 Millionen Toten. Nachdem unzählige Dokus, Talkshows, Filme versuchten, endlich das Bild vom „bösen Iwan“ aus den Köpfen heraus zu bekommen, da setzt uns das ZDF einen Film mit gesichtslosen russischen Soldaten vor. Mit Partisanen, die die guten Deutschen in die Irre führen; die hinterhältig junge deutsche Soldaten abknallen. Da klingt einmal mehr durch: Eigentlich hat doch „das deutsche Volk“ mindestens so gelitten wie die Völker, die von Hitler überfallen wurden (nicht von seiner Armee). Ein Trugschluss, dem wohl vor allem die Jünger der Vertriebenenchefin Erika Steinbach erliegen. Dieser Dreiteiler hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck.

Kann sich niemand mehr an den aufrüttelnden Antikriegsfilm „Die Brücke“ erinnern, den Bernhard Wicki Ende der 50er Jahre drehte und der die Gemüter noch immer erhitzen kann. Darüber, wie das letzte Aufgebot verheizt wird, mit dem jungen Lechtenbrink und dem Nachwuchsstar Fritz Wepper? Gab es nicht Unmengen von Dokus über die Facetten des Totalitarismus, zuletzt die vorzügliche in der ARD über St.Petersburg und das Leiden und Sterben der Bevölkerung dort? Oder der Dreiteiler über die Flucht aus Ostpreußen mit Maria Furtwängler? Und die US-Holocaust-Serie in den 70er Jahren, die mit unzähligen Diskussionsrunden begleitet werden musste, weil auf einmal Kinder ihre Eltern fragten, habt ihr wirklich nichts gewusst von der Judenverfolgung?

Es gibt die „Echolote“ von Walter Kempowski mit seinen akribischen Tagebuchaufzeichnungen über die NS-Zeit und die Tagebücher von Viktor Klemperer. Auch die Serie „Heimat“ von Edgar Reitz hat hier Verdienste erworben, da sie die Faschisierung der Provinz aufgriff. Und nicht zuletzt die aufwühlende Debatte über die Wehrmachts-Ausstellung von Hamburger Historikern, hat den Ewiggestrigen gezeigt, es war nicht so, wie ihr es schönreden wollte.

Es wäre ein Stück Geschichtsklitterung, nämlich unserer Geschichtsaufarbeitung, wenn das ZDF so täte, als würde es medial Neuland betreten und hätte jetzt große Lorbeeren verdient, weil es angeblich endlich den Schlüssel zum Geschichtsverständnis der Deutschen fand. Der Sender steht auf den Schultern der Aufklärer, die in den vergangenen 60 Jahren mutig von der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 sprachen, wie Richard von Weizsäcker. Wenn das ZDF jetzt meint, auf Human Touch setzen zu müssen beim Blick auf die NS-Zeit, dann erschließt das womöglich neue Zuschauergruppen. Die Geschichte der historischen Aufarbeitung muss deswegen nicht umgeschrieben werden...



OBS-Studie zu Rundfunkgremien

Rundfunkgremien sollten wesentlich transparenter als bisher arbeiten. Der Einfluss der Parteien und vor allem des Staates auf die Rundfunkgremien müsse zurückgedrängt werden. Und die Arbeit der Rundfunkräte sollte auch im Interesse der Sender selbst deutlich professionalisiert werden. Diese Punkte benennt die Studie der Otto Brenner Stiftung (OBS) zu den Rundfunkgremien mit dem Titel „Im öffentlichen Auftrag“. Autor ist der Medienjournalist Fritz Wolf. Die Studie untersucht vor allem die praktischen Aspekte der Gremienarbeit: Wie sich die Rundfunkräte zusammensetzen, wer die Mitglieder entsendet, wie Entscheidungen gefällt werden, wofür die Kontrolleure zuständig sind, was sie erreichen und was sie nicht verhindern können. Ein zentraler Aspekt dabei ist, wie sich die Gremienmitglieder selbst in ihrer Funktion als Kontrolleure begreifen.

Die öffentlich-rechtlichen Sender sind unter stärkeren Legitimationsdruck geraten. Sie müssen besser als je zuvor begründen, was ihr öffentlicher Auftrag ist und wie sie ihn umsetzen. „Die demokratische Kontrolle durch funktionierende Gremien kann dabei für die Sender sogar so etwas wie eine Lebensversicherung sein“, meint Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung. Dazu sei allerdings ein Mentalitätswandel nötig, in vielen Gremien selbst, bei den Sendern und in der Politik. Medienpolitik, so Autor und Stiftung, sollte nicht nur eine Angelegenheit weniger Spezialisten sein. Deshalb wendet sich diese Studie mit ihren Reformvorschlägen nicht nur an die Gremienmitglieder, sondern vor allem auch an die entsendenden Organisationen

Die Studie „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge“ ist als Arbeitsheft 73 der Otto Brenner Stiftung erschienen und ab sofort (kostenlos) lieferbar. Mehr Infos unter: www.otto-brenner-stiftung.de

mit dem Vorschlag, dieser demokratischen Institution mehr Aufmerksamkeit zu widmen und sie mit politischem Leben zu füllen. Die Stiftung versteht die Untersuchung auch als Angebot an die Öffentlichkeit und die Medienkritik, sich intensiv, kontinuierlich und fair mit den Gremien zu beschäftigen.

Tablets bereiten „Second Screen“ den Weg

Den sogenannten „Second Screen“ (zweiter Bildschirm) hat die Unternehmensberatung Anywab erforscht. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung des Tablets für die Verbreitung des Phänomens Second Screen: 62 Prozent aller Tablet-Nutzerinnen und -Nutzer gebrauchen ihr Gerät zumindest gelegentlich mit Bezug zum aktuell laufenden TV-Programm. Immerhin 54 Prozent der Smartphone-User surfen fernsehbegleitend auf mobilen Endgeräten. Dem stehen 45 Prozent Second-Screen-User unter der gesamten Internetbevölkerung von 14 bis 49 Jahren gegenüber. Vor dem Hintergrund der dynamischen Verbreitung der Tablet-Rechner sei davon auszugehen, dass der Second Screen sich dauerhaft neben dem TV als Parallelmedium etabliert. „Der Tablet-PC als sogenannter ‚Couchtisch-Rechner‘, stets verfügbar und benutzerfreundlich, animiert den User regelrecht zu fernsehbegleitendem Surfverhalten“, so Boris von Heesen, Geschäftsführer von Anywab.

Ebenso von enormer Bedeutung für das Fernsehen sei die Bindungskraft, die ein Sender auf den Second Screen ausübt. Spartenkanäle wie VIVA, Tele5, Super RTL oder DMAX ziehen laut Studie aktive Nutzer des „zweiten Bildschirms“ besonders stark an. Aber auch der öffentlich-rechtliche Sender 3Sat kann auf überdurchschnittlich viele Nutzer verweisen, die den Sender und das Internet hybrid nutzen. Trotz dieser Zahlen bestehe auf Seiten der TV-Sender verstärkt die Furcht, dem Internet immer stärker unterlegen zu sein. Die Netzgiganten Google und Facebook sowie hochfrequentierte Newsportale wie Bild.de oder Focus Online haben den Second Screen aufgrund steigender Reichweite schon lange im Visier. Dass die Ablenkung der Fernsehzuschauer durch das Internet schon heute eine reale Gefahr für die TV-Sender darstellt, zeigen die aktuellen Ergebnisse der Studie in Bezug auf Online-Shopping parallel zum TV-Konsum. 83 Prozent der Internetnutzer surfen parallel zum TV-Konsum. Partiiell nutzen hiervon 28 Prozent Online-Shopping-Angebote während des Fernsehens. Die am stärksten genutzten Online-Shopping-Portale sind Amazon, Ebay und Zalando.

Die Untersuchung fokussiert unter anderem auf die individuelle Bindungskraft der TV-Sender an den zweiten Bildschirm sowie den dynamischen Wandel der fernsehbegleitenden Internetnutzung durch den verstärkten Einsatz von Tablets. 2000 Internetnutzerinnen und -nutzer zwischen 14 und 49 Jahren wurden online zu ihrem Surfverhalten während des Fernsehkonsums befragt.
www.anywab.com

DW: Limbourg wird neuer Intendant

Peter Limbourg (52) wird neuer Intendant der Deutschen Welle (DW). Das gab der Vorsitzende des Rundfunkrates, Valentin Schmidt, nach der Sitzung des Aufsichtsgremiums Mitte März bekannt. Der 17-köpfige Rundfunkrat habe den derzeitigen Informationsdirektor von ProSiebenSat.1 TV Deutschland auf Vorschlag einer Findungskommission im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit (14 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, zwei Enthaltungen) zum Nachfolger von Erik Bettermann (68) gewählt. Die Amtszeit von Bettermann endet am 30. September. Er steht seit 2001 an der Spitze des deutschen Auslandssenders.

Valentin Schmidt: „Peter Limbourg bringt beste Voraussetzungen mit, die Deutsche Welle als modernes Multimediaunternehmen weiter zu stärken und damit die internationale Medienpräsenz Deutschlands zu verbessern.“ Limbourg dankte dem Rundfunkrat für das große Vertrauen. „In den kommenden Jahren maßgeblich daran mitzuwirken, wie unser Land in der Welt wahrgenommen wird, ist eine Herausforderung, der ich mich mit aller Kraft widmen werde. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich das journalistische Profil, die Sprachenvielfalt und Multimedialität des Senders weiterentwickeln. Die Zusammenarbeit mit ARD-Landesrundfunkanstalten und ZDF zu intensivieren ist ein weiteres Ziel.“

Limbourg studierte nach dem Wehrdienst Rechtswissenschaften in Bonn. Von 1988 bis 1989 volontierte er bei der Deutschen Fernsehnachrichten Agentur (DFA) in Bonn und London. Nach einer Station als Reporter in der DDR mit Sitz in Leipzig war er seit 1990 als Europa- und NATO-Korrespondent für die DFA und SAT.1 in Brüssel tätig. 1996 übernahm er das Bonner Büro von ProSieben, 1999 wurde er zum Co-Chefredakteur von N24 und Politikchef von ProSieben berufen, 2001 zusätzlich auch von SAT.1. In den Jahren 2004/05 und 2008/09 arbeitete Limbourg als Geschäftsführer von Pool TV, einem Gemeinschaftsunternehmen der Privatsender in Berlin. Zwischen 2008 und 2010 verantwortete er als alleiniger Chefredakteur das Programm von N24. Seit 2008 ist er Hauptmoderator der SAT.1 Nachrichten, seit 2010 Informationsdirektor von ProSiebenSat.1 TV Deutschland (Senior Vice President News & Political Information). Limbourg ist Vorsitzender der Jury des Medienpreises des Deutschen Bundestages, Jurymitglied des Axel Springer Preises für junge Journalisten, Berater in der publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und Mitglied in der Diözesanleitung der Malteser.

Veranstaltungen

Aufmerksamkeit! Pole Position in der digitalen Medienwelt

4. Stuttgarter Medienkongress

16. Mai 2013

GENO-Haus
Heilbronner Str. 41
70191 Stuttgart

Der Stuttgarter Medienkongress 2013 beschäftigt sich mit den Auswirkungen der digitalen Parallelnutzung und zeigt Strategien auf, mit denen Anbieter erfolgreich Interesse wecken und Aufmerksamkeit generieren. Gleichzeitig steht aber auch der Nutzer im Blickpunkt des Kongresses: Wie organisiert er seinen digitalen Alltag? Wo setzt er Präferenzen und warum? Welche Rolle spielt die Nutzerfreundlichkeit der Geräte und Anwendungen? Jeder Trend ruft auch Reaktionen hervor: Ist der Retro-Kult ein Massenphänomen oder bedient er nur eine spezielle Zielgruppe? Wie sieht die Markenpflege in dieser vom Multitasking geprägten Welt aus? Werden die Inhalte lauter, bunter und vielleicht auch aggressiver?

Infos und Anmeldung unter: :
www.stuttgarter-medienkongress.de

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter